

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
E. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Die Gewerkschaften.

Die „Velleville Arbeiter-Zeitung“ bringt unter diesem Titel einen Artikel, der von vielen amerikanischen Gewerkschaftsblättern nachgedruckt worden ist und auch für die deutschen Arbeiter von Interesse sein wird. Allerdings ist der Artikel von dem Gesichtspunkt der amerikanischen Koalitionsfreiheit aus geschrieben und richtet sich insbesondere gegen das Unternehmertum, welches bestrebt ist, die Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Die deutschen Arbeiter haben gegen ein rücksichtslos auf die Vernichtung der Organisationen hinarbeitendes Unternehmertum und gegen das auf das gleiche Ziel gerichtete Bestreben der reaktionären öffentlichen Gewalt anzukämpfen. Es dürfte in dieser schwierigen Lage die von jenseits des Weltmeeres kommende, von Siegeszuversicht zeugende Anregung des gewaltigen Organisationsgedankens doppelt werthvoll sein. Der Artikel lautet:

„Es ist das Schicksal jeder sozialen Bewegung, mißverstanden und mißrepräsentirt zu werden. Die moderne Gewerkschaftsbewegung bildet hiervon keine Ausnahme. Welche Albernheiten sind ihr nicht schon untergeschoben, welche Dummheiten angebicdet, welche Unmöglichkeiten imputirt worden! Die Unwissenheit und die geistige Trägheit, die Engherzigkeit und die im Dienste bestimmter Sonderinteressen stehende brutale Gewalt haben sich verbunden, um der Gewerkschaftsbewegung das Lebenslicht auszublauen, denn sie ist Vielen ein gewaltiger Pfahl im Fleisch. Aber je mehr sie an diesem Pfahl zerrn, um ihn aus ihrem Fleisch herauszureißen, desto größer sind die Schmerzen, die sie sich dadurch selbst zufügen, denn dieser Pfahl hat scharfe Widerhaken.“

Die Gewerkschaftsbewegung vernichten, hieße der modernen Arbeiterklasse das Recht und die Möglichkeit entziehen, gegenüber dem ausbeutenden Kapital ihr Existenzrecht als Kulturmenschen geltend zu machen. Den Berufsorganisationen der Arbeiter die Anerkennung verweigern, heißt dem Schwachen das Recht absprechen, sich gegen die Willkür der Mächtigen in der einzigen ihm möglichen Weise zu vertheidigen. Den Bestrebungen der organisirten Arbeiter feindlich entgegenzutreten, heißt die Arbeiter zu dem Loofe indischer Parias verdammen.

Die Gesellschaft verlangt von jedem ihrer Glieder, daß es sich als ein nützliches Glied er-

weise. Der Zweck der Gewerkschaften entspricht diesem Verlangen, denn er besteht darin, dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, das ihn davor bewahrt, seine Hand wider die Gesellschaft zu erheben und sich durch individuelle „verbrecherische“ Selbsthülfe das zu rauben, was ihm die Gesellschaft versagt.

Der Staat fordert von jedem seiner Angehörigen, daß er ein guter Staatsbürger sei. Indem die Arbeiter sich durch planmäßige Organisation und gemeinschaftliches Handeln eine erträgliche Lebenshaltung zu sichern suchen, bemühen sie sich, die materiellen und moralischen Mittel zu erlangen, um „gute Staatsbürger“ zu sein.

Unsere freiheitlichen Institutionen garantiren den Bewohnern dieses Landes das uralte Recht, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu vereinigen und durch derartige Vereinigung und zeitweilige Unterordnung des individuellen Willens unter einen Gesamtwillen Kräfte zu gewinnen, die den Einzelnen abgehen. Die organisirten Arbeiter stehen auf dem Boden dieses Rechtes. Sie haben in der ersten Schule bitterer Erfahrungen einsehen gelernt, daß sie einzeln der Uebermacht des Kapitals ohnmächtig gegenüberstehen. Sie haben gefunden, daß individuelles Handeln sie zum Spielball fremder Willkür macht. Und gestützt auf diese Einsicht haben sie beschlossen, sich die Vortheile der Vereinigung zu Nuzen zu machen und der Macht des feilenlosen Kapitals die Macht vereinigter, lebendiger Intelligenz und Energie entgegenzusetzen, zu dem ausgesprochenen Zwecke, sich und die Ihrigen vor Verelendung zu schützen.

Wer daher der Gewerkschaftsbewegung feindlich entgegentritt, der leugnet das Recht der Arbeiter, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu vereinigen, der leugnet den Anspruch der Arbeiter auf ein erträgliches, menschenwürdiges Dasein und spricht ihnen das Recht ab, an den Errungenschaften unserer Zivilisation in einem ihrer sozialen Bedeutung und den Bedürfnissen ihres Verstandes und Gemüthes entsprechenden Maße theilzunehmen.

Der Gewerkschaftsbewegung mögen viele Schwächen und Mängel anhaften, aber dieselben werden nicht dadurch beseitigt, daß man dem weiteren Ausbau der Gewerkschaften und der Vertiefung ihrer grundlegenden Prinzipien jedes mög-

Achter internationaler Bergarbeiterkongress.

London, 7. bis 11. Juni 1897.

Es waren 68 Delegirte, die 1 050 000 Bergarbeiter vertraten, bei der Eröffnung des Kongresses anwesend. Aus Deutschland waren drei Delegirte erschienen. Die österreichischen Bergarbeiter waren nicht erschienen. Der gleichfalls eingeladen „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ hatte die Entsendung eines Delegirten abgelehnt, weil „die deutschen Bergarbeiter noch in den Anfängen der nationalen Organisation stehen“.

Die Tagesordnung enthält dieselben Punkte wie auf den letzten Kongressen. Bei der Debatte über den gesetzlichen Achtstundentag kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Delegirten der „National-Union“ und der „Miners-Federation“. In dem Bezirk der erlirten arbeiten die Häuer nur 6½—7 Stunden, während die jugendlichen Arbeiter 10—11 Stunden täglich arbeiten müssen. Die Vertreter des Bezirks behaupten, daß die Kinder nur leichte Arbeit machen, und fürchten, der gesetzliche Achtstundentag würde die Arbeitszeit für die Häuer verlängern. Sie verlangen, daß durch die Organisation und nicht durch Gesetz die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Die Mehrheit der englischen Bergarbeiter will jedoch den gesetzlichen Achtstundentag inklusive Einfahrt und Ausfahrt für alle Arbeiter unter und über Tage, und wurde eine dementsprechende Resolution vom Kongress gegen die zwölf Stimmen der Delegirten der „National-Union“ angenommen.

In der Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Haftpflicht der Unternehmer bei Unfällen“ wird von den Delegirten der einzelnen Länder die steigende Unfallgefahr im Bergbau vorgeführt und betont, daß Akkordarbeit und lange Schichtdauer wesentlich zur Vermehrung der Unfälle beitragen. Eine Resolution der Engländer, nach welcher die Unternehmer gesetzlich für die Folgen aller Unfälle haftbar zu machen sind, wird einstimmig angenommen. Von den Engländern wird beantragt, daß „für alle auf dem Kongress vertretenen Bergarbeiter ein Minimallohn festzusetzen ist. Dieser Minimallohn soll, wenn nöthig, überall durch Kampf errungen werden.“ In der Debatte über den Antrag wird von deutscher Seite betont, daß die Taktik zur Durchführung des Gedankens derart sein muß, daß nicht Kohlen vom Auslande in das Land kommen, in welchem gestreikt wird. Auch in dieser Frage nehmen die Delegirten der „National Union“ eine entgegengesetzte Stellung ein. Ihr Redner bemerkte, daß bei dem Auf- und Absteigen der Konjunktur ein Minimallohn sich nicht würde halten lassen. In vielen Gruben würde die Produktion unrentabel werden und Arbeiterentlassungen würden die Folge sein. Der Antrag der Engländer wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ohne vorherige Debatte fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme: „Der Kongress

wendet sich auf das Entschiedenste gegen diejenigen Unternehmer Englands und des Kontinents, die ihre Arbeiter entlassen, nur weil sie einer Gewerkschaft angehören. Wenn es ein grober Unfug ist, daß organisirte Arbeiter ihre unorganisirten Kameraden zwangsweise in die Organisation treiben, so ist es ein ebenso grober Unfug, wenn Unternehmer Arbeiter entlassen, nur weil diese von ihrem Organisationsrecht gesetzlichen Gebrauch machen.“

In der dann folgenden Debatte über den Tagesordnungspunkt: „Die Ueberproduktion“ wurde von den Vertretern der Franzosen das „Lewy'sche System“, das in dem Bericht über den fünften internationalen Kongress („Correspondenzblatt“ Nr. 18, 1894) geschildert ist, in Vorschlag gebracht, doch verzichteten sie auf eine Abstimmung über das Projekt. Es wurde nun eine allgemein gehaltene Resolution, in welcher die Nothwendigkeit der internationalen Regelung der Kohlenproduktion betont wird, angenommen.

Es erfolgt die einstimmige Annahme einer Resolution, in der alle Regierungen aufgetordert werden, Gesetze für das Invalidenwesen zu erlassen, die in keiner Weise die Unfallentschädigung beeinflussen. Bei dem Tagesordnungspunkt: „Die Grubeninspektion“ wird nach kurzer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Alle hier vertretenen Nationen haben unausgesetzt und eifrig dafür einzutreten, daß zur Inspektion der Gruben eine ausreichende Anzahl Kontrolleure angestellt werden, die von den Bergarbeitern aus ihren eigenen Reihen zu wählen und vom Staate zu bezahlen sind, damit nöthigenfalls jede Grube an jedem Tage von einem solchen Kontrolleur besichtigt wird. Diese Kontrolleure haben alljährlich einen Bericht über ihre Thätigkeit und ihre Erfahrungen zu veröffentlichen.“

Nachdem beschlossen, daß in der Nähe der Gruben ärztliche Pflegestationen einzurichten sind, tritt der Kongress in die Berathung des Antrages, daß die Bergwerke zu verstaatlichen sind, ein. Nach längerer Debatte wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Deutschen enthalten sich mit Rücksicht auf die traurigen Erfahrungen, welche die Bergarbeiter auf den Staatsbergwerken in Preußen hinter sich haben, der Abstimmung.

Ein Antrag zu Gunsten der Berggewergerichte wird angenommen, und nachdem in Aussicht gestellt war, einen schriftlichen Bericht über die Zahl der Bergarbeiter unter Tage, die Zahl der Gestorbenen und das Alter derselben in den letzten zehn Jahren dem nächsten Kongress zu unterbreiten, wird das bisherige internationale Geschäfts-Comité wiedergewählt.

Der Kongress hat damit seine Arbeiten beendet und spricht zum Schluß auf Antrag eines englischen Delegirten den unschuldig im Zuchthaus sitzenden Leitern der deutschen Bergarbeiterbewegung seine Sympathie aus.

liche Hinderniß in den Weg legt. Die Gewerkschaften haben schon schwere Fehler begangen, aber das ist kein Grund, ihre nur allzusehr berechtigten Forderungen zurückzuweisen. Die Gewerkschaften sind nicht im Stande, aus schwachen Menschen vollkommene Wesen zu machen, aber diese schwachen Menschen werden sicherlich nicht besser, wenn man sie mit allen Mitteln der Niedertracht, Gemeinheit und Gewalt verfolgt und sie zwingt, nicht allein für ihre kümmerliche Existenz, sondern auch für ihre „gewährleisteten Rechte“ unablässig zu kämpfen.

Darum kommen wir zu dem Schlusse, daß die Gewerkschaften die thatkräftige Unterstützung jedes Kulturmenschen redlich verdienen. Die Gegner der Gewerkschaften aber, und in erster Linie diejenigen Geschäftsleute und Unternehmer, welche durch „Skab“-Züchtereien und durch den Vertrieb von „Skab“-Waaren den Untergang der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen suchen, überliefern wir der werththätigen Verachtung aller anständigen Menschen. Wer den Arbeitern keine menschenwürdige Existenz zugesteht, der hat in den Augen gerecht denkender Menschen auch keine Existenzberechtigung.“

Es berührt in einer Zeit, in welcher der größte Bundesstaat in Deutschland auf's Eifrigste bemüht ist, durch eine Verschärfung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen die freie Entwicklung der Gewerkschaften zu hindern, sehr wohlthuend, zu hören, wie jenseits des Ozeans die freiheitlichen Institutionen das Recht der Vereinigung garantiren. Trotzdem aber, oder richtiger gerade deswegen, hat die industrielle Produktivität Amerikas sich in's Ungeahnte

gesteigert und erfolgreich nimmt es die Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit den alten Industrieländern Europas auf. Das deutsche Unternehmertum klagt wohl über diese Konkurrenz, sucht aber auf der anderen Seite durch Beschränkung der Vereinsfreiheit der Arbeiter diese zu hindern, durch Erringung einer besseren Lebenshaltung die physischen und geistigen Kräfte zu erreichen, welche im Arbeiterstand vorhanden sein müssen, um der Produktion eine Höhe zu geben, die eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkt ermöglicht. Aber noch Eines ist zu beachten. Die freiheitlichen Institutionen der nordamerikanischen Republik haben die gesetzgeberischen Faktoren nicht gehindert, durch Gesetzesmaßnahmen den Schwachen gegen übermäßige Ausbeutung zu schützen. Bei uns wurde noch in den letzten Tagen im Reichstage durch den Mund eines freisinnigen Führers verkündigt, daß solche gesetzliche Bestimmungen nichts als Polizeimaßregeln seien. Und die Regierungen zeigen nach wie vor nicht den Willen, der gemeinschädlichen Ausbeutung der Arbeitskraft einen Hemmschuh anzulegen. Es gewinnt im Gegentheil den Anschein, als sollte das Wenige, was bisher geschehen, wieder aufgehoben oder doch beschränkt werden. Das ist das Wild, welches unser Vaterland uns gegenwärtig bietet. Verweigerung der natürlichsten Rechte, der Vereinigungsfreiheit und Unterlassung der nothwendigsten Maßregeln für den gewerblichen Schutz der Arbeiter. Den weltbewegenden Gedanken, der die nach Organisation strebende Arbeiterschaft beherrscht, vermag man aber nicht zu unterdrücken, und er wird und muß auch das Erstrebte zur Wahrheit werden lassen.

Bericht des internationalen Schuhmacher-Sekretariats

vom Dezember 1893 bis Mai 1897.

Das Sekretariat wurde auf einem internationalen Schuhmacherkongreß, der im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongreß in Zürich im Jahre 1893 tagte, gegründet. Es waren auf dem Kongreß die Vertreter von 7 Nationen anwesend. Das Sekretariat wurde von einem aus 7 Personen bestehenden Comité geleitet. Der von dem Comité ausgearbeitete Organisationsplan fand allseitige Zustimmung. Auch der Bestimmung, daß die nothwendigen Mittel für das Sekretariat durch Beiträge aufgebracht werden, die pro Kopf der in den einzelnen Ländern vorhandenen Vereinsmitglieder zu leisten sind, wurde zugestimmt. Trotzdem ist das Sekretariat zu einer nennenswerthen Thätigkeit nicht gekommen und hat, wie es selbst sagt, nur ein Scheindasein gefristet. Das wird durch die Beitragsleistung der einzelnen Länder deutlich dokumentirt. In den letzten drei Jahren wurden an Beiträgen an das internationale Sekretariat geleistet:

1894.	
England	Frchs. 200,55
Deutschland	" 61,50
Ungarn	" 20,20
Schweiz	" 20,—
	Frchs. 302,31
1895.	
Deutschland	Frchs. 61,57
Ungarn	" 20,92
Schweiz	" 20,—

Dänemark	Frchs. 27,30	
Oesterreich	" 42,02	
Belgien	" 20,—	Frchs. 191,81
	1896.	
Deutschland	Frchs. 61,57	
Schweiz	" 20,—	" 81,57
Sonstige Einnahmen	" 83,15	

Total der Einnahmen... Frchs. 658,84

Die Ausgaben stellten sich in den Jahren insgesamt auf Frchs. 576,45. Darunter für Verwaltung und Entschädigung, Ueberseesungen usw. Frchs. 375,80, Kongreßvertretung Frchs. 120,—, Streikunterstützung Frchs. 80,65.

Daß die Einnahmen nicht im Verhältniß zu den Organisationsstärken in den einzelnen Ländern stehen, ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung, welche das Sekretariat in dem Bericht bringt:

Länder:	Mitgliederszahl:
Belgien	550
Böhmen	5812
Dänemark	2200
Deutschland	10000
Frankreich	25000
Holland	300
England	40770
Schweiz	500
Oesterreich	1600
	Summa... 86682

Es bestehen ferner noch Organisationen in Amerika, Australien, Bulgarien, Italien, Norwegen, Portugal, Serbien, Schweden und Spanien. Festgefügte Zentralverbände sind in Amerika, England, Deutschland, der Schweiz und Skandinavien. Der Verband in Nordamerika besteht seit vier Jahren und hat 40 Lokalunionen. In allen anderen Ländern besonders in Frankreich, fehlt es an einer zentralen Leitung. Die Zahlen sind nicht ganz einwandfrei, weil einzelne der Angaben ein bis zwei Jahre zurückliegen, wie sich auch aus einem Vergleich mit den Zahlen der weiter unten stehenden Tabelle ergibt. Eigene Fachblätter haben die Schuhmacher in Deutschland, Ungarn, Oesterreich, Holland, Dänemark, Schweden-Norwegen und England.

Die von dem Sekretariat ausgehenden Anfragen und Zirkulare sind nicht in genügender Weise beantwortet worden. Auf 294 ausgegangene

Korrespondenzen sind nur 68 eingegangen. Bezüglich der Streikunterstützung war von dem Kongress eine Direktive nicht gegeben worden. Das Sekretariat versuchte eine Regelung in der Weise herbeizuführen, daß es aufforderte, über jeden Streik zu berichten, und dann sollte im Nothfalle vom Sekretariat aus an die Organisationen, welche genügend Mittel haben, eine Aufforderung bezüglich Unterstützung gerichtet werden. In dem Bericht wird jedoch geklagt, daß die Berichte nur ganz ausnahmsweise eingingen und das Sekretariat meistens auf die von der Tages- und Fachpresse gebrachten Berichte angewiesen war. Wie sich die Lohnbewegungen und Streiks seit dem Jahre 1894 in den Ländern, welche ausreichende Berichte eingesandt hatten, gestalteten, wird in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

Land	Wie viel Arbeiter sind im Schuhgewerbe u. der Industrie beschäftigt?	Wie viel sind organisiert?	Wie viel Lohnbewegungen und Streiks wurden seit 1894 geführt?	Wie viel vertiefen davon mit vollem Erfolg?	Mit theilweisem Erfolg?	Ohne Erfolg?	Wie viel wurde an Unterstützung für diese Lohnkämpfe ausbezahlt?	a) aus der Zentralkasse des Verbandes?	b) von freiwillig gesammelten Beiträgen?
							Frks.	Frks.	Frks.
Dänemark ...	ja. 3200	2200	32	—	32	—	59080	3080	56000
Belgien	30000	550	7	1	6	—	18720	4720	14000
Oesterreich ...	ja. 100000	1600	18	7	5	6	8190	—	—
Schweiz*) ...	11000	500	27*)	13	10	4	9492	—	—
Deutschland ..	151763	15000	68	17	42	9	121922	85898	36024
Total ...	294963	18850	152	38	95	19	217404	93698	106024

Das Sekretariat hat sich, wie aus dem Bericht hervorgeht, die größte Mühe gegeben, das internationale Zusammenwirken der Berufsgenossen zu fördern und die Organisation zu einer machtvollen zu gestalten. Wenn der Erfolg den Erwartungen, die an die Einsetzung des Sekretariats geknüpft wurden, nicht entspricht, so liegt das nicht an dem guten Willen der leitenden Kreise. Wie auf nationalem Gebiet der Erfolg der Arbeiter von einer gut fundierten Organisation abhängt, so kann auch auf internationalem Gebiet nur dann mit Erfolg von einem internationalen Sekretariat gearbeitet werden, wenn in den einzelnen Ländern eine ausreichende Organisation vorhanden ist. So lange diese Grundlage für die internationale Bewegung nicht geschaffen ist, werden die internationalen Sekretariate nur insofern Bedeutung haben, als sie die inter-

nationale Bewegung ideell dokumentieren. Die materielle Wirkung und der positive Erfolg können erst eintreten, wenn die nationale Organisation in ausreichendem Maße erstarkt ist.

Die deutschen Schuhmacher sind heute noch nicht einmal von dem Zusammengehörigkeitsgefühl soweit durchdrungen, daß sie auf nationalem Gebiet die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses der Organisationen anerkennen. Wie bekannt, haben die Vertreter der Schuhmacherorganisation auf der letzten Generalversammlung es abgelehnt, der Verbindung der Gewerkschaften Deutschlands, wie sie in der Generalkommission gegeben ist, sich anzuschließen. Um wie viel weniger wird dann die Idee der internationalen Verbindung bei den Mitgliedern der Organisation Wurzel gefaßt haben.

Der Arbeitsmarkt im Monat Mai.

Die „Soziale Praxis“ bringt in Nr. 36 eine Aufstellung über die Meldung von Arbeitsuchenden bei 51 Arbeitsnachweistellen. An der Darstellung ist von ganz besonderem Interesse das Verhältnis der Arbeitsuchenden zu der Zahl der offenen Stellen. Der Bericht scheint uns so werthvoll zu sein, daß wir ihn unter Fortlassung der umfangreichen vergleichenden Tabelle ohne wesentliche Kürzung wiedergeben wollen.

„Für den Monat Mai sind bei der in der Redaktion der „Sozialen Praxis“ eingerichteten literarischen Zentralkasse für Arbeitsnachweis die Berichte von 51 Arbeitsnachweistellen rechtzeitig

eingegangen, von denen 40 vergleichbare Daten zeigen.

An weitaus den meisten Arbeitsnachweisen ist der Andrang geringer als im Mai v. J. gewesen. Es zeigen nämlich 22 Orte eine Abnahme des Andranges:

(Berlin), Halle, Hannover, Essen, Aachen, Elberfeld, Düsseldorf, Köln, Wiesbaden, Darmstadt, Straßburg, Heidelberg, Freiburg, Schopfheim, Karlsruhe, Mannheim, Konstanz, Göttingen, Heilbronn, Ulm, (Nürnberg), München;

und nur 16 [nebst 3 ausländischen] eine Zunahme:

*) Frühere Jahre einbegriffen.